Briefe zur sozialen Einheit

10/91, 17.10.1991

Forum der BürgerInnen Interessen

Wem dient der Rechtsradikalismus ?

"Ausländerfeindlichkeit in Deutschland - das sind die schreienden Schlagzeilen seit Wochen.
Doch worum geht es?
Wiederholt wurde aus den Reihen von SPD und Gewerkschaften darauf hingewiesen, daß die Arbeitslosigkeit und schlimme Wohnungsnot Wut und Haß bei den Betroffenen auslösen. Die Rechtsradikalen helfen, von den politisch Verantwortlichen für diese katastrophale Situation abzulenken - von der Regierung Kohl.

Der Jahrestag der staatlichen Vereinigung Deutschlands gibt Anlaß genug, um Rechenschaft zu verlangen. Wie sieht die Bilanz der Politik der Regierung Kohl aus?
"Ostdeutschland ist ...keine Industriegesellschaft mehr", analysiert die Hans-Böckler-Stiftung. Bis Ende des Jahres will die Regierung Kohl mit ihrer Treuhand 80% der industriellen Arbeitsplätze zerstören. 3-4 Millionen Menschen sollen zu sozialen Verlierern degradiert werden: die Arbeitslosen, Kurzarbeiter, in ABM Beschäftigten...Schon jetzt ist jeder 2. Arbeitsplatz zerstört. Im Einzelhandel planen 75 % der Betriebe weitere Entlassungen, im Großhandel sind es 80%. Im Baugewerbe planen 54% der Betriebe weitere Entlassungen. Auf der Seite der Banken und Großunternehmer sind als Folge dieser Politik Gewinne wie seit langem nicht mehr zu verbuchen.
Auch vor dem Ruhrgebiet macht die Politik der Entindustrialisierung nicht halt. Immer mehr ArbeitnehmerInnen werden in ungeschützte, entrechtete Arbeitsverhältnisse gestoßen.
Von dieser Politik sind die deutschen wie die ausländischen ArbeitnehmerInnen betroffen. Nicht die Ausländer sind schuld an fehlenden Wohnungen und der Liquidierung der Betriebe.

Anläßlich der Übergriffe auf die Ausländerwohnheime erklärte Herta Däubler-Gmelin (stellvertr. SPD-Bundesvorsitzende) in einem Interview: „Das Schweigen der Union bis hin zu Ministerpräsident Biedenkopf ist mehr als peinlich." (Süddeutsche Zeitung, 25.9.91)

Doch die Regierung Kohl nährt die Kampagne zur Ausländerfeindlichkeit mit ihrem Gerede von „Überschwemmung" mit Ausländern oder von der „Asylantenflut". Wie sie vom Mißbrauch des Asylrechts reden, sprechen sie vom Mißbrauch der sozialen Rechte durch deutsche ArbeitnehmerInnen - um den Angriff auf diese Rechte zu legitimieren. Das erlaubt es ihr, von ihrer Verantwortlichkeit für die wachsende sozialen Not abzulenken. Ihnen allein nutzt die Spaltung zwischen Deutschen und Ausländern, wie zwischen Ost- und Westdeutschen.
Mit dieser Regierung kann es kein gemeinsames Handeln gegen den Rechtsradikalismus geben. Es ist die Verantwortung der SPD und der Gewerkschaften, die deutschen und ausländischen ArbeitnehmerInnen und die Asylbewerber zu vereinen im Kampf gegen die Politik der Regierung Kohl - für die Verteidigung ihrer gemeinsamen sozialen und demokratischen Rechte.

CB/GK.

„Kündigungswelle, Steuererhöhungen, jetzt teure Mieten - diese Bonner Regierung ist nicht tragbar"

Gespräch zwischen Sozialdemokratinnen aus Ost und West

Dieses Gespräch fand im Rahmen einer Diskussion zwischen Sozialdemokraten aus Ost- und Westdeutschland statt, an dem AfA-Kollegen und Kolleginnen und Genossinnen der ASF teilnahmen.
An dem hier protokollierten Gespräch nahmen teil: Christina Kretzschmer, Mitglied im Leipziger Stadtrat, Gudrun Krügel, Mitglied im SPD-Unterbezirksvorstand Leipzig, Inge Steinebach, Mitglied im ASF-Vorstand Düsseldorf, Marlies Damaschke, Mitglied in der Düsseldorfer SPD, sowie Bernhard Krabiell, ÖTV-Sekretär in Leipzig.

Frage: Ihr kommt aus verschiedenen Städten Ost- und Westdeutschlands. Ihr habt gemeinsam über die Situation im vereinten Deutschland und die Aufgaben sozialdemokratischer Politik diskutiert. Was erwartet Ihr von solchen Gesprächen?

Christina Kretzschmer: Es ist doch sehr wichtig, daß die Bürger und Bürgerinnen in der sogenannten Altrepublik erfahren, was hier läuft. Oft hört man: "Die (im Osten) sollten erst einmal kräftig arbeiten." Doch vor Ort kann man sehen, daß es nicht einfach damit getan ist, daß wir endlich in die Hände spucken und dann wird es schon gehen. Nein, hier wird so vieles zerstört.

Inge Steinebach: Dem möchte ich mich auch anschließen. Aber ihr müßt wissen, auch bei uns gibt es Betriebsschließungen, auch wir werden ständig über den Tisch gezogen.

Marlies Damaschke: Wir Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen werden gegeneinander ausgespielt. Die Profiteure, die großen Unternehmer ziehen den Gewinn daraus, daß sie die Arbeitsbedingungen immer mehr verschlechtern, uns immer mehr belasten - in Ost und West.

Bei uns im Westen wird oft gesagt: "Wir zahlen doch schon so viel für die Einheit. Reicht es denn noch nicht?"
Wir haben hier gesehen, daß das Geld aber nicht in z.B. sozialen Projekten oder der Schaffung von Arbeitsplätzen ankommt. Man muß bei uns aufzeigen, daß das was der Arbeitnehmer zahlt, nicht bei den Arbeitnehmern in Ost ankommt.

Inge: Durch Rationalisierungsmaßnahmen wird bei uns die Belastung für den Einzelnen immer dichter. Das kann unmöglich so weiter gehen.

Christina: Was nicht vergessen werden darf, ist, daß wir als Experimentierfeld genutzt werden. Über die Hintertür Ostdeutschland werden für Euch hart erkämpfte Rechte abgebaut.

Inge: Dabei denke ich z.B. an die Diskussion um die Karenztage.

Fortsetzung auf Seite 7

Diskussion in der SPD zu Neuwahlen

In dieser Nummer wollen wir den Abdruck von Antworten auf den Brief von AfA-Verantwortlichen und sozialdemokratischen Mandatsträgern aus Leipzig fortsetzen. In dieser Diskussion geht es um die dringende Frage, wie die zerstörerische Politik der Regierung Kohl, "die in der nächsten Zeit soziale Explosionen provozieren wird", gestoppt werden kann. "Brauchen wir nicht eine Initiative der SPD für die Regierungsübernahme?" Weitere Beiträge und Stellungnahmen bitte an die Redaktionsadresse schicken.

Stephan Hilsberg, SPD, Mitglied des Deutschen Bundestages

Lieber Hansjörg,

(...) Ich verstehe Euer Anliegen so, daß die SPD Neuwahlen initiieren sollte, um dann die bessere Politik für die soziale Einheit Deutschlands durchzuführen. Das würden wir auch gerne tun. Dazu allerdings muß man erst Neuwahlen erzwingen.

Näheres regelt das Grundgesetz. (Art. 68) ...

Damit sind Neuwahlen nur möglich, wenn Kohl aufgibt und CDU/CSU + FDP ihm das Vertrauen verweigern oder SPD + PDS + B`90 +FDP das Vertrauen verweigern. In jedem Fall also die FDP.

Voraussetzung in jedem Fall ist die totale Zerrüttung der Koalition, so daß die Regierung zurücktreten muß und anschließend mindestens die FDP für Neuwahlen ist + B`90 + PDS + Wir.

Selbst dann noch muß Kohl vorher die Vertrauensfrage stellen. Dies ist fernab. Das Grundgesetz hat meineswissens im Interesse einer politischen Stabilität - im Gegensatz zur Weimarer Republik - die Position des Kanzlers so stark gemacht.

Die ist jetzt so. Damit müssen wir leben.

Bleibt nur unsere politsche Aktivität. Immer wieder unsere besseren Konzepte zeigen und den Leuten nachweisen, daß sich Vertrauen für die SPD gelohnt hätte. Andererseits steht die Koalition in der Verantwortung und muß die beweisen. Tut sie das nicht, haben die Wähler die Möglichkeit, dies entsprechend zu honorieren. Was wir in dem Zusammenhang können, ist die Regierung in ihrer Unfähigkeit immer wieder vorzuführen.

Ich halte die Regelung des Grundgesetzes nicht für schlecht. Ein Machtwechsel unter solchen Bedingungen scheint mir besser, als ein jetziger, der möglicherweise auf Grund des Stimmungsbildes denkbar wär.

Auch wir als SPD haben die Aufgabe, jetzt eben bis 94, unsere Regierungsfähigkeit unter Beweis zu stellen und eine „ehrliche Alternative" darzustellen.

Mit freundlichen Grüßen

Aus Köln wurde folgende Antwort geschickt, mit der sich die Genossinnen und Genossen an den Parteivorstand der SPD wenden.

Köln, 20.7.91

An den Parteivorstand der SPD, Ollenhauerhaus, 5300 Bonn

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir erhielten kürzlich Kenntnis von einem Brief von GenossInnen aus Leipzig, der an Euch gerichtet war. Wir halten diesen Brief deswegen für besonders wichtig, weil er die Frage aufnimmt, ob wir Sozialdemokraten weiterhin eine Regierung dulden können, die tagtäglich neue soziale Ungerechtigkeiten schafft und Errungenschaften der ArbeitnehmerInnen beseitigt. Und dies betrifft nicht nur Leipzig.
Wir, die UnterzeichnerInnen dieses Briefes, leben und arbeiten in Köln. Aber - wie die GenossInnen in Leipzig - müssen wir gerade heute die Erfahrung machen, daß die Probleme dieser Stadt nicht in Köln zu lösen sind.
Die Finanzen der Kommune sind erschöpft; zusätzliche Belastungen auf der einen und Mindereinnahmen auf der anderen Seite.
Besorgniserregend ist da ein gemeinsamer Beschluß von SPD und CDU-Fraktionen kurz vor der Sommerpause im Stadtrat, mit dem selbst unser Wahlkampfprogramm auf den Kopf gestellt wird.
Eine Stadt ist kein "Wirtschaftsunternehmen", aber der Antrag verlangt, daß dessen Maßstäbe dem nächsten Haushaltsplan zugrundegelegt werden.
Die Palette der Vorschläge, wo eingespart, gestrichen, überprüft, privatisiert und umgedacht werden soll, zeigt auf, was am Ende stehen wird: Verarmung der Lebensqualität in der Stadt, verschlossene Bildungs- und Kultureinrichtungen für breite Schichten der Bevölkerung, Zunahme der entrechteten Arbeitsverhältnisse und sogar der Arbeitslosigkeit.
Dies kann nicht der Weg sein, den wir Sozialdemokraten einschlagen dürfen.
Aber was kann man von der CDU, die noch dazu in Köln der eindeutige Wahlverlierer war, anderes erwarten, als den Umverteilungskurs zulasten der Mehrheit der Bevölkerung überall voranzutreiben?
"Solange sich die Mehrheitsverhältnisse in Bonn nicht ändern, werden wir in den Kommunen nur dann ausgeglichene Haushalte vorlegen können, wenn Einsparungen und Streichungen oder drastische Preiserhöhungen vorgenommen werden", so ein Kölner SPD-Mitglied.
Aber warum können wir nicht alles dafür tun, daß sich diese Mehrheitsverhältnisse im Bundestag endlich ändern?
Kohl hatte seinen Sieg bei der letzten Bundestagswahl v.a. seinen Lügen gegenüber den Menschen in den neuen Bundesländern zu verdanken. Als "Kanzler der Einheit" wollte er in die Geschichte eingehen. Aber das Bild hat sich gewandelt. Wo früher die Mauer stand, ist nun ein tiefer sozialer Graben. Die Menschen in Ostdeutschland haben längst ihren Kampf wieder aufgenommen - und sie tun dies gegen Kohl.
Davon zeugt u.a. der Brief der Leipziger GenossInnen.
Wenn die SPD an der Seite der Gewerkschaften heute eine wirkliche Offensive gegen die Kohl-Lambsdorff'sche Politik der Umverteilung von unten nach oben beginnen würde - und das heißt doch nichts anderes, als sich für sofortige Neuwahlen einzusetzen - könnte sie sich der Unterstützung der Menschen in Ost und West sicher sein.
Wir bitten Euch, das zur Grundlage Eures Handelns zu machen, denn die Alternative kann nicht heißen, Seite an Seite mit der CDU in den Ländern und Kommunen gegen unsere WählerInnen politische Entscheidungen zu treffen, gleichgültig ob in Köln oder Leipzig.
Mit solidarischen Grüßen

unterzeichnet von 10 Mitgliedern der SPD aus Köln

SPD-Ortsverein:

"Wir spüren die Verantwortung, die Ablösung dieser Bundesregierung durch die SPD vorzubereiten"

In der SPD mehren sich die Stimmen, daß die Regierung Kohl inhaltlich am Ende ist und Neuwahlen der beste Weg aus dieser verhängnisvollen Erstarrung wären (Sozialdemokrat 8/91 - Zeitung der südhess. SPD). Die Situation der Menschen in den neuen Ländern und der Kontakt mit Leipziger Sozialdemokraten hat den Ortsverein Nordweststadt III in Frankfurt/M. zu dem Beschluß veranlaßt, sich mit einem Flugblatt an die Bevölkerung zu wenden und so seinen Betrag zu leisten, um "die Ablösung dieser Bundesregierung durch die SPD vorzubereiten"(siehe abgedrucktes Flugblatt).
Am Vorabend des Tags der deutschen Einheit hat der Ortsverein dazu einen Stand im Einkaufszentrum der NW-Stadt durchgeführt, um mit den Bewohnern über diese Fragen zu diskutieren. Die rege Diskussion am Stand war auch davon bestimmt, wie die SPD es schaffen könne, "daß der gewaltige Reichtum der großen Banken,....der durch die Arbeitnehmer geschaffen wurde,...endlich für den Aufbau Ost mit herangezogen werden (kann)."

Flugblatt SPD-Ortsverein Nordweststadt III-Süd, Frankfurt

Deutsche Einheit: Soziale Vereinigung steht aus!

Vor einem Jahr, am 3. Oktober 1990, wurde die staatliche Einheit Deutschlands vollendet. In die Freude darüber mischen sich für die Sozialdemokraten des SPD-Ortsvereins Nordweststadt III-Süd zunehmend Wermutstropfen.
Die Bundesregierung macht durch ihre Steuerreform, die geplante Abschaffung der Gewerbe- und Vermögenssteuer, die Entindustrialisierung und Privatisierung mit Hilfe der Treuhand, sowie mit der Staatsverschuldung Politik für die großen Banken, Versicherungen und Unternehmen.

Mit 682 Milliarden wird spekuliert, aber NICHT investiert

...Folge: der Frankfurter Stadtkämmerer mußte eine 20%-ige Haushaltssperre verfügen;
der Hessische Kultusminister kann die versprochenen 3000 Lehrkräfte nur in Raten einstellen.

Nur ein Teil der Milliardenbeträge gelangt in die ostdeutschen Gemeinden- und Länderhaushalte...
Ein großer Teil der Gelder gelangt als Investitionszulage in die Hände von Großunternehmen, die billige Objekte bei der Treuhand gekauft haben.

Entlassungen, Betriebsschließungen und Grundstücksspekulationen werden mit sozialer Kälte durchgezogen. Dabei stützen sie sich oft auf die stalinistischen Seilschaften, die im Befehlen über die Arbeitnehmer geübt sind.

Die Sozialdemokraten des SPD-Ortsvereins Nordweststadt III-Süd sehen, daß die Regierung Kohl nur ein dreiviertel Jahr nach der Bundestagswahl an der sozialen Vereinigung und an der Blockflötenvergangenheit ihrer Partei scheitert.
Umso deutlicher spüren wir die Verantwortung, die Ablösung dieser Bundesregierung durch die SPD vorzubereiten.
In diesem Sinne treten wir dafür ein, daß die SPD-Ministerpräsidenten die Erhöhung der Mehrwertsteuer und die Abschaffung der Gewerbekapital- und Vermögenssteuer ablehnen und im Vermittlungsausschuß hart bleiben.
Der gewaltige Reichtum der großen Banken, Versicherungen und Unternehmen, der durch die Arbeitnehmer geschaffen wurde, muß endlich für den Aufbau OST mit herangezogen werden.

Um weitere Belastungen für die Bevölkerung, Städte und Länder zu verhindern, und um die Entindustrialisierung und das soziale Chaos zu vermeiden, braucht Deutschland schnell eine andere Politik und eine SPD-geführte Regierung!

Leserbrief aus "Vorwärts - Sozialdemokratmagazin"

Aktion "Weg mit Kohl"
Wer lügt, muß abtreten. Pünktlich zum 1. Juli, dem Tag der höheren Steuern, verteilten die Jungsozialisten in der Borghorster Innenstadt Postkarten, auf denen der Abgang des Kanzlers gefordert wurde. Die Aktion kam gut an - noch am selben Tag gingen einige hundert Rücktrittsaufforderungen den Postweg nach Bonn. Informationen: Roman Dütsch, Kolpingstr. 12, W-4430 Steinfurt 2

Impressum:

Die „Briefe zur sozialen Einheit" erscheinen 14-tägig.
Für den Inhalt der Artikel sind jeweils die Unterzeichner verantwortlich. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Nachdruck (mit Quellenangabe) ist erwünscht; bitte Belegexemplar zusenden.
Redaktionsadresse, Kontaktadressen und Bestelladressen:
Gotthard Krupp Sternstraße 50; W - 4000 Düsseldorf 30
Oliver Kloß, Saalfelderstr. 41, O- 7033 Leipzig

Mitteilungen können auch an folgende Fax-Nummern gesandt werden: Düsseldorf 0211 / 498 26 97; Dresden 48 55 307 mit Angabe: „bitte an Thomas Rudolph weiterleiten"

Der regelmäßige Bezug ist nur im Halbjahresabonnement möglich.
Preis des Einzelexemplars: 1.-- DM

Halbjahresabonnement in West:	16,– DM (incl. Porto)
Halbjahresabonnement in Ost:	12,– DM (incl. Porto)
Handabonnement in West:	8,-- DM
Handabonnement in Ost:	5,-- DM

Für Mehrfachbezieher (ab 5 Exemplare) gilt der Preis des Handabonnements.
Konto:
Gotthard Krupp, Kontonr.: 67009845, Stadtsparkasse Düsseldorf, BLZ 300 501 10

V.i.S.d.P.: G. Krupp, Sternstr. 50; 4000 Düsseldorf

Stellungnahme zum Entwurf eines Kindertagesstättengesetzes der Landesregierung NRW

Pressemitteilung zur Rede von Carla Boulboullé, am 2.10.1991 im Düsseldorfer Landtag

Es ist zu begrüßen, daß die vielen Proteste der Eltern, Erzieher und Erzieherinnen, der Träger positive Änderungen des 1. Gesetzentwurfs der Landsregierung bewirkt haben.
Dennoch kann ich auch dem neuen Entwurf nicht zustimmen - und zwar gerade aus meiner sozialdemokratischen Position heraus.
Wer es ernst meint mit der Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, wer es ernst meint mit der Verwirklichung der Gleichstellung der Frau in Beruf, Gesellschaft und Familie, kann nicht akzeptieren, daß erneut der Rechtsanspruch auf einen Ganztagsbetreuungsplatz für jedes Kind auf die lange Bank geschoben wird.
Begründet wird das mit der finanziellen Notsituation des Landes. Die SPD-Fraktion schlägt als Ausgleich ein Ausbau-Programm vor, daß bis 1995 eine 90%ige Versorgung garantieren soll. Doch welche Realität hat dieses Programm, wenn es schon jetzt von den Gemeinden mit einem "Stop-Programm" konterkariert wird?
So will der Düsseldorfer Sozialdezernent Paul Saatkamp dem Rat empfehlen, das Ausbau-Programm zu stoppen, weil auf die Stadt Kosten von mehreren Millionen zukommen. In Düsseldorf geht es um 4.100 Plätze. In anderen Gemeinden wird es nicht besser aussehen.
Aber kann eine Gesellschaft denn sagen, es sei kein Geld da für Kindergärten und soziale Aufgaben, wenn gleichzeitig die privaten Unternehmer über ein Liquiditätspolster von der beachtlichen Summe von 682 Mrd. DM verfügen - ein gesellschaftspolitischer Skandal, auf den schon der stellvertretende SPD-Vorsitzende Wolfgang Thierse hingewiesen hat.
Oder wenn die Banken allein vom Land NRW 1992 fast 8 Milliarden DM Zinsen kassieren. Die Kosten im Investitionsbereich für das Kindergarten-Ausbauprogramm bis 1995 betragen ganze 830 Millionen DM.
Auch das steuerliche Entlastungsprogramm der Bundesregierung für die Unternehmer bezahlt die arbeitende Bevölkerung mit dem Abbau sozialer Leistungen.
Es kann nicht die Verantwortung einer sozialdemokratischen Landesregierung sein, diese Politik der Umverteilung von unten nach oben, wie sie die Bundesregierung immer rücksichtsloser betreibt, durch Kürzungen bei Leistungsgesetzen und sozialen Aufgaben umzusetzen. Notwendig ist die Initiative für eine andere Politik, wie für die sofortige finanzielle Beteiligung des Bundes.
Das Recht auf einen Kindergartenplatz für jedes Kind war eine meiner zentralen Forderungen im Wahlkampf. Ich wurde auch dafür gewählt. Diesem Mandat bin ich verpflichtet.
In der Frage der Elternbeiträge sind Verbesserungen erreicht worden. Doch mit ihren Gesetzentwurf gibt die Landesregierung erneut den Anspruch auf, die Beitragsfreiheit zu verwirklichen.
Das gerade für die niedrigeren Einkommen fast eine Verdoppelung der Beiträge für Ganztagsplätze vorgesehen ist, trifft besonders die ärmeren Familien, wo beide Eltern arbeiten müssen, und die Alleinerziehenden.
Kindertagesstätten sind ein Teil des Erziehungssystems, die deshalb auch grundsätzlich in die Verantwortung der öffentlichen Hand gehören.
Hohe Beiträge für Tagesplätze können dazu führen, daß gerade Arbeitnehmerfamilien mit geringerem Einkommen ihre Kinder nicht ganztags in die Einrichtung schicken. Das aber widerspricht dem Grundsatz der SPD, die Chancengleichheit, das gleiche Recht auf Erziehung und Bildung für alle Kinder zu verwirklichen.
Noch eine Bemerkung zur CDU.
Die CDU will sich in der öffentlichen Diskussion als Verteidigerin der Interessen der Eltern und Kinder profilieren.
Aber hat nicht die Bundesregierung gerade verkündet, daß ein Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz im Kinder- und Jugendhilfegesetz erst ab 1997 wirksam werden kann? Und die dafür notwendigen Mittel (14 Mrd. DM, sowie 6 Mrd. DM für die jährlichen Unterhaltskosten) sind von den Ländern und Gemeinden aufzubringen. Gleichzeitig blutet diese Regierung durch die Umverteilung zugunsten des Bundeshaushalts die Länder und Kommunen immer mehr aus.
Wie ernst es einer CDU-Landesregierung mit dem Recht auf einen Kindergartenplatz ist, läßt sich z.B. an der Politik der sächsischen Regierung aufzeigen: Entlassungen im Erziehungsbereich und die Erhebung nicht finanzierbarer Elternbeiträge (z.B. in Chemnitz von 95 DM für alle, unabhängig vom Einkommen) bereiten die Schließung der Kinderbetreuungseinrichtungen vor.
Die Politik der Bundesregierung, die hier in Sachsen ihre Umsetzung findet, heißt: Frauen zurück an Heim und Herd!
Die SPD-Landesregierung hat einen anderen Auftrag.

Inge Steinebach stellte uns folgende Anfrage auf dem SPD-Unterbezirksparteitag am 7.9.91 zur Verfügung:

Wann und wo hat die SPD und in welchen Gremien, den Beschluß gefaßt, ein Moratorium für neue Leistungsgesetze zu fordern?
Finanzminister Heinz Schleußer sagte am 4. September in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung dazu, für Nordrhein-Westfalen gelte, daß der Leistungsstandard bereits hoch sei, so daß ein Moratorium für einige Jahre zumutbar sei.
Darüber hinaus seien umfangreiche Einsparungen auf allen Haushaltsebenen erforderlich. Er erwähnte dabei den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz, verbesserte Standards im Umwelt- und Sozialbereich. Auch die notwendigen Ausnahmen zum Familienausgleich, soziale Flankierung des § 218, Erhöhung des Grundfreibetrages, Pflegeversicherung müßten sich mittelfristig an den engen Finanzspielräumen orientieren.
Es müßten auch Steuererhöhungen hinzukommen.
Es gibt auch keine Alternative zur CDU-Politik, wenn wir die Mehrheit erreichen wollen.
Das ist doch keine Arbeitnehmerpolitik, das kann doch keine sozialdemokratische Politik sein.
Unsere Lohnquote ist heute auf dem Niveau wie zu Ende der sechziger Jahre, stellte die Bundesbank fest.
Dagegen sinkt der Anteil der Unternehmersteuer, z.B. veranlagte Einkommen-, Körperschafts-, Vermögens- und Gewerbesteuer im gleichen Zeitraum von 19,7 % auf 16,7 %.
Hierbei sind die im Steueränderungsgesetz 1992 geplanten Entlastungen nicht berücksichtigt.
Für die Deutsche Einheit bringen wir im Jahr 137 Mrd. DM auf.
Was geschieht mit dem Geld, bezahlen wir damit nur die Zinsen an die Banken? Wo bleibt das Geld?
Für den Golfkrieg waren Milliarden da, also ist doch Geld vorhanden; es muß nur anders verteilt werden.
Das sind nur einige Anzeichen dafür, daß die von der SPD vorgeschlagenen Gesetze auch verwirklicht werden müssen.
In dem Sinne sind die Äußerungen des Genossen Schleußer zurückzuweisen.

Beitrag zur Diskussion um die Absicherung des Pflegefallrisikos

Alle "gesellschaftlich relevanten Kräfte" legen zur Zeit ihre Positionspapiere vor, in denen sie darlegen, wie das Pflegefallrisiko abzusichern sei. Bis auf die bröckelnde Position der Grünen sind alle wesentlichen Beiträge bestimmt von der Überlegung, eine Versichertenlösung anzustreben.

Gudrun Schaich-Walch (SPD)
Mitglied des Deutschen Bundestages
Presseerklärung — Frankfurt, den 16. Juli 1991

Das Gerangel der Koalition um die Pflegeversicherung ist unwürdig

Seit Jahren wird die Notwendigkeit einer Pflegeversicherung diskutiert und anerkannt. Das Risiko des Pflegefalls ist eines der drängensten sozialpolitischen Probleme, auch in den neuen Bundesländern. Gerade die Angleichung der sozialen Absicherung in den alten und neuen Bundesländern eröffnet die Chance, die Probleme, die aus der Pflegebedürftigkeit der Menschen resultieren, aufzunehmen und eine gesetzliche Regelung zu treffen, die Pflegebedürftigen und Pflegenden gleichermaßen Hilfe zuteil werden läßt.
Statt dessen besteht zur Zeit die Gefahr, daß das Problem von der Koalition zerredet wird. Die FDP will die Pflegeversicherung möglichst auf privater Basis. Große Teile der CDU wollen auf einen Arbeitgeberanteil verzichten und die Last nur die zu Versichernden tragen lassen, und Minister Blüm befindet sich in der verzweifelten Lage, die Einbringung des Gesetzentwurfs verschieben zu müssen, es sei denn, er wäre bereit mit der Opposition zusammen zu gehen.
Wir, die SPD, bieten die Zusammenarbeit an, denn wir wollen, wie der Minister auch, die Pflegeversicherung als eigenständige Säule der Sozialversicherung mit 50%igem Arbeitgeberanteil unter dem Dach der Krankenversicherung. Und wir wollen, daß diese große Aufgabe der Sozialpolitik noch in der ersten Hälfte der Legislaturperiode in Angriff genommen wird.
Das Risiko Pflege darf nicht weiterhin als ein privates Problem gesehen werden, das über die Sozialhilfe abgewickelt wird, im Sozialetat der Stadt Frankfurt mit 75 Mio. DM zu Buche schlägt und die betroffenen Menschen zu Sozialhilfeempfängern macht.
Es ist eines Sozialstaates unwürdig, diejenigen mit ein paar Mark Taschengeld abspeisen zu wollen, deren Arbeit und Engagement zu mehr Wohlstand und Lebensqualität für alle führt.

Dieser Beitrag will versuchen, aus der Sicht der ArbeitnehmerInnen dem Problem näher zu kommen. Dabei ist klar, daß insbesondere die arbeitende Bevölkerung ein fundamentales Interesse an der Absicherung des Pflegefallrisikos hat. Ist sie es doch, die aufgrund der Belastungen, die aus dem Arbeitsleben resultieren, besonders betroffen ist, wie auch ihre materielle Absicherung in vielen Fällen absolut unzureichend ist. Dies gilt in besonderem Maße für die Frauen, sowohl demographisch wie materiell begründet.

So muß ein Ausgangspunkt sein, daß die Grenzen der finanziellen Belastungen für die ArbeitnehmerInnen aufgrund bestehender Sozialversicherungs-Beiträge, Steuern, Abgaben usw. schon längst erreicht sind.

Pflegeversicherung ...

Aber die dominierenden Forderungen richten sich alle auf eine Pflegeversicherung zur Lösung des Pflegefallrisikos ein. D.h.: egal, welcher Art die Versicherung ist, es sollen Beiträge erhoben werden und zwar zusätzliche.

Der Blüm-Entwurf ist dabei der politische Ausdruck der Sparpolitik der Regierung Kohl. Er soll den von ihrer gemeindefeindlichen Politik in den Bankrott getriebenen Kommunen durch Wegfall der pflegerelevanten Sozialhilfekosten etwas mehr Luft im Vorfeld neuer, von Bonn diktierter Zahlungen, verschaffen. Eine Verbesserung der Situation Pflegebedürftiger und ihrer Familien, sowie des Pflegepersonals, ist nicht vorgesehen.

Die geplante Beitragsfinanzierung soll erneut den ArbeitnehmerInnen Geld aus der Tasche ziehen. Denn auch der Arbeitgeberanteil - so Blüm selbst - ist Bestandteil der Lohnkosten und damit vorenthaltener Lohn. Blüm will dabei die Beitragspflichtgrenze auf Höhe der Krankenversicherungsbeitragsgrenze von derzeit DM 4.875,-- festlegen. Die SPD tritt für eine Grenze ein, die der Höhe der Rentenversicherung, derzeit DM 6.500,--/Monat, entspricht. Blüm will Besserverdienende schützen und Versicherungskonzernen neue Profitmöglichkeiten verschaffen. Denn - wie schon bei der gesetzlichen Krankenversicherung - so sollen auch hier Besserverdienende nicht mit relativ hohen Beiträgen die Solidargemeinschaft unterstützen, sondern sich billig privat versichern können, zum Gewinn der Konzerne. Unabhängig von den einzelnen Positionen in der Frage der konkreten Ausgestaltung und Leistung dieser Pflegeversicherungsmodelle, auf die hier nicht eingegangen werden kann, muß innerhalb der SPD die Diskussion noch einmal neu, von prinzipiellen Erwägungen ausgehend, eröffnet werden.

Die Bevölkerung ist beunruhigt. Die Steuererhöhungen der vergangenen Monate einerseits, jetzt die Ankündigungen zur Pflegeversicherung, d.h., die Ankündigung weiterer Belastungen, machen dies verständlich.

...oder steuerfinanziertes Leistungsgesetz

Bis 1990 hat sich die SPD die Option auf ein steuerfinanziertes Leistungsgesetz offengehalten. In Erarbeitung des Wahlprogramms in der Kommission "Fortschritt 90" fiel diese Lösung

dann endgültig einer Sichtweise zum Opfer, die davon ausgeht, "daß wegen der enormen finanziellen Belastungen, die im Zusammenhang mit der deutschen Einheit auf die öffentliche Hand zukommen, eine steuerfinanzierte Pflegeabsicherung auf absehbare Zeit nicht mehr realisierbar sei".

Für das steuerfinanzierte Modell spricht zunächst, daß zwangsläufig (Steuerbegünstigungen einmal außer Acht gelassen) alle Mitglieder der Gesellschaft, entsprechend ihrer finanziellen Kraft, "einzahlen", während genau dies bei den vorliegenden Versicherungsmodellen nicht passiert. Die, die über großen Reichtum verfügen, zahlen nicht nur relativ weniger als die, die nur ein geringes Einkommen haben. Der SPD-Entwurf versucht dies zumindest durch die höhere Beitragspflichtgrenze halbwegs auszugleichen. Dennoch schlüpfen auch hier starke Beitragszahler in die preiswerte Privatversicherung.

Für die Versichertenlösung spricht auf der anderen Seite, daß sie gegenüber staatlichen Eingriffen widerstandsfähig ist. Der Vergleich der Eingriffe der verschiedenen Regierungen in Europa in die nationalen Gesundheitssysteme zeigt, daß die dem Gesundheitsreformgesetz verwandten Maßnahmen überall dort besonders "erfolgreich" waren, wo ein staatlich finanziertes Gesundheitswesen besteht, während viele der geplanten Angriffe auf die Versorgung im Krankheitsfall gerade da, wo - wie in der BRD - eine Versichertenlösung besteht, nicht ihr vollständiges Ziel erreichten.

Blüm-"Reform": Im Namen der Einheit neue Belastungen für Arbeitnehmer

Unabhängig von diesen Problemen, die mit dem politisch begründeten Verzicht auf das steuerfinanzierte Modell einhergehen, stellen sich dennoch Fragen.

Die Begründung, daß mit der deutschen Einheit "enorme finanzielle Belastungen" auf die "öffentliche Hand" zukommen, kann ja nur dann triftig sein, wenn diese Gelder auch tatsächlich der Bevölkerung im Osten zugute kämen, was zu bezweifeln und deshalb zu prüfen wäre.

Aber selbst, wenn es denn bei einer Pflegeversicherung bliebe, muß doch von der SPD die Frage beantwortet werden, wie sie der Arbeitnehmerschaft zuzumuten ist, wie sie sie verkraften kann! Das Gesundheitsreformgesetz Blüms ist doch nach wie vor ein Lehrstück: vor allem die AOKs sind nahezu pleite, weil Pharma- und gerätetechnische Industrie die Wirtschaftszweige sind, die die höchsten Profite in Deutschland machen.

Eine Versichertenlösung unter dem Dach der gesetzlichen Krankenversicherung könnte kostenneutral sein und große Mittel für wichtige Maßnahmen, z.B. im Rahmen von Prävention und Rehabilitation freisetzen, wenn hier politische Entscheidungen für entsprechende Schritte gegen die Konzerne von der SPD beschlossen würden. Ein weiteres Beispiel sind die Relationen bei den Einkommen. So verdienten 8-9000 Chefärzte in der alten BRD ungefähr 50% von dem, was ca. 400000 Pflegekräfte verdient haben.

Darüberhinaus ist in Bezug auf die Selbstverwaltung der Versicherten ein alter Gedanke erneut aufzunehmen: Was haben die Arbeitgeber in ihr zu suchen, wenn die Beiträge Lohnkosten und demnach vorenthaltener Lohn sind?

Es ist also eine Selbstverwaltung im wirklichen Sinne des Wortes anzustreben, so wie dies auch für die Arbeitslosenversicherung etc. seit je her von der Arbeiterbewegung gefordert wurde.

Nur mit einer Position zur Pflegefallrisikoabsicherung, die sich auf die Interessen der ArbeitnehmerInnen stützt und sie vertritt, kann die SPD eine Mehrheit in der Bevölkerung finden. Im Interesse der Bevölkerung, im dringenden Interesse zur Lösung der pflegebedingten Risiken, damit die Probleme wirklich gelöst werden können, hat die SPD die Verantwortung, die Forderung nach Neuwahlen mit aller Kraft zu vertreten, damit der Weg frei wird für Lösungen, die die "großen Aufgaben der Sozialpolitik" lösen.

H.W. Schuster

GEW Hessen: Schuljahr 1991/92 - Es reicht nicht

Mitte August hat das neue Schuljahr in Hessen begonnen. Obwohl die SPD/Grüne-Regierung 900 neue Lehrer zum Ausgleich der Sünden der Wallmann-Regierung eingestellt hat, wurde das Unterrichtsangebot um 2 und mehr Stunden pro Woche gekürzt
Vor 2 Ausgaben wurde in den "Briefen" bereits dargestellt, daß dem Land Hessen eine halbe Milliarde DM durch die Regierung Kohl entzogen wurde. Die hessische Landesregierung hat darauf reagiert, indem sie das Unterrichtsangebot verschlechtert hat. Dies ist eine Konsequenz, die gerade SozialdemokratInnen nicht akzeptieren können, da die Verbesserung der Bildung immer eine Grundforderung der SPD gewesen ist und die WählerInnen u.a. auch diesen Auftrag mit ihrer Wahl verbunden haben - gegen die Politik der Bundesregierung Kohl. Vielmehr gilt es doch, die sozialdemokratischen Regierungspositionen wie in Hessen dafür einzusetzen, daß das Bildungsangebot erhalten bleibt. Der GEW Landesvorsitzende Klaus Müller hat in einem Flugblatt begründet, warum die Einstellung der 900 Lehrer nicht ausreicht, um den Tarifvertrag über die Arbeitszeitverkürzung und die Unterrichtsversorgung zu erhalten. L.O.

Frankfurt, August 1991

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
Mit Beginn dieses Schuljahres gilt sie endlich: die einstündige Verkürzung unserer Pflichtstunden. Zugestanden hat sie uns schon seit 1989. Geschenkt hat man sie uns nicht. Wir mußten sie uns erst erkämpfen.
Gleichzeitig nehmen zu Beginn dieses Schuljahres über 1200 Lehrerinnen und Lehrer ihre Arbeit an den hessischen Schulen neu auf. Genau 717 Stellen sind von der rot-grünen Landesregierung neu geschaffen worden. Etwa 500 Stellen wurden zum 1.8.91 frei und sind wiederbesetzt worden. Keine Frage: Soviele neue Lehrerinnen und Lehrer sind seit nunmehr einem Jahrzehnt nicht mehr zu Schuljahresbeginn in die Schulen hineingekommen. Soweit - so gut.
Dennoch: Diese Einstellungen reichen nicht! Das sehen alle, die die Situation in den Schulen zu diesem Schuljahresbeginn konkret betrachten. Durch ministeriellen Erlaß abgesichert, sind landauf, landab Unterrichtskürzungen um 2 und mehr Stunden pro Klasse und Woche vorgenommen worden. Nicht einmal das hat in vielen Fällen ausgereicht, die Bildung größerer Klassen oder die Streichung weiterer Unterrichtsangebote zu verhindern.
Fazit: Die von der rot-grünen Landesregierung zum 1. August dieses Jahres neu geschaffenen Stellen reichen nicht. Jetzt rächen sich die Versäumisse von CDU und FDP: Verschleppung der Arbeitszeitverkürzung und Fortsetzung des Stellenabbaus. Allein um den Schülerzuwachs (rund 4.500 mehr im Vergleich zum 1.8.90) aufzufangen und die Pflichtstundenverkürzung in vollem Umfang be-

schäftigungswirksam umzusetzen, wären knapp 1900 zusätzliche Stellen erforderlich gewesen - ganz zu schweigen von der Abdeckung begrüßenswerter neuer Reformmaßnahmen.
Unterrichtsausfall, Erhöhung der Klassenfrequenzen und Unterrichtskürzungen sind kein Ausweis einer zukunftsgerichteten Bildungspolitik. Von einer rot-grünen Koalition in Hessen erwarten wir mehr. Wir fordern eine Trendwende:
- Sinnvolle Klassengrößen in allen Schulformen. Die gegenwärtigen Klassenobergrenzen in Hessen sind pädagogisch nicht zu rechtfertigen. 25 Schülerinnen und Schüler sind die absolute Obergrenze für die Grundschule und die Sekundarstufe I.
- Volles Unterrichtsangebot auf der Grundlage der Stundentafel: Unterrichtsausfall infolge von Krankheit, Fortbildung oder zu geringer Zuweisung darf es nicht geben. Zu einem vollen Unterrichtsangebot gehören zusätzliche Angebote im Wahlpflicht- und Wahlbereich.
- Vernünftige Stundentafeln, die der einzelnen Schule mehr Möglichkeiten zur Schwerpunktbildung und flexiblen Stundenplangestaltung geben. Stundentafelkürzungen, um Lehrerstellen einzusparen, darf es nicht geben.
Liebe Kolleginnen und Kollegen,
schon die ersten Monate der neuen rot-grünen Landesregierung haben gezeigt: Auch diese Regierung und dieser Landtag schenken uns nichts. Auch unter Rot-Grün müssen wir für eine bessere Schule kämpfen. Der Landeshaushalt 1992 wird am Ende dieses Jahres vom Landtag verabschiedet. Die Einflußnahme darauf beginnt jetzt.(...)
Klaus Müller,
Landesvorsitzender der GEW-Hessen

„Kündigungswelle, Steuererhöhungen, jetzt teure Mieten - diese Bonner Regierung ist nicht tragbar"

Gespräch zwischen Sozialdemokratinnen aus Ost und West

Fortsetzung von S. 1

Frage: Christina, Du bist im Leipziger Stadtrat. Kannst Du etwas zu den sozialen Problemen sagen?

Christina: Im Juni haben wir den Haushalt verabschiedet. Da gab es z.B. Differenzen zwischen dem Stellenplan und dem Stellenist im Kindergarten und -Krippenbereich. Im Stellenplan waren 800-1000 Stellen weniger vorgesehen, als es sie tatsächlich gibt. Die Forderung der Fraktion Bündnis90/Grüne, den Stellenplan entsprechend zu verändern, wurde von Oberbürgermeister Lehmann-Grube abgelehnt. Er forderte die Verabschiedung des vorliegenden Stellenplans und schlug vor, über den Nachtragshaushalt die Differenz zu korrigieren. Darin sehe ich eine Gewissensfrage. Hinter den Zahlen stehen doch die Schicksale von 800 oder mehr Menschen.
Wenn der Oberbürgermeister erklärt, es würde niemand entlassen, warum wird dann nicht der Stellenplan korrigiert. So bleibt Angst und Unsicherheit. Auch viele Genossinnen und Genossen der SPD haben trotzdem dem Vorschlag des Oberbürgermeisters zugestimmt. Das kann ich nicht verstehen.

Gudrun Krügel: Ich war zu Besuch in Oberbayern. Dort kämpft die SPD mit allen Mitteln um den Bau eines 2. Kindergartens. Das vermisse ich bei unserer Partei hier. Hier wird einfach der Abbau von Kindergartenplätzen "abgenickt", im Stadtrat, Ortsverein, UB-Vorstand. Es ist so schlimm, daß ich meinen Kindern gesagt habe: Schafft Euch keine Kinder an. Erst muß die Regierung ein Umfeld für Kinder schaffen. Noch kinderfeindlicher kann Politik gar nicht sein, als wir sie heute erleben und es wird immer mehr reduziert. Auf eine Gruppe mit 15 Kindern kommt eine Erzieherin. Unsere Kindergärten sind 11 1/2 Stunden geöffnet. Auf 58 Kinder kommen in der Einrichtung, in der ich als Köchin arbeite, 4 Erzieherinnen, 1 Leiterin und 1 Helferin.
Das sind die neuen Vorgaben vom Jugendamt. Urlaubstage sind schon darin verankert. Das führt dazu, daß wir z.B. manchmal während der Urlaubszeit mit drei Frauen 12 Stunden arbeiten. Und es bleibt auch keine Möglichkeit für Qualifizierung. Bisher hatten wir z.B. zwei Reinigungskräfte, jetzt nur noch eine (fürs Putzen, Bettenmachen ...) und alles wird damit begründet, es sei kein Geld da.
Und solche Entscheidungen, wie sie Christina zum Haushalt dargestellt hat, stehen in der Presse. Ihr könnt Euch vorstellen, wie wir als SPD dann in der Öffentlichkeit dastehen.

Christina: Eine solche Haushaltsentscheidung ist doch eine politische Entscheidung. Die SPD wird damit unglaubwürdig. Das kann ich nicht mittragen.

Gudrun: Hier in Leipzig sind 63,3% der Arbeitslosen Frauen. Und es trifft uns immer mehr. Aber die alten Kräfte, die früher hier entschieden haben, entscheiden heute wieder. Die "kann" man nicht entlassen.
Ich will Euch hier nur ein Beispiel nennen. Ich kenne eine Rentnerin, die es nicht schafft, ihre 100 qm große Wohnung zu tauschen. Trotz aller Zuschüsse, wie Wohngeld, bleiben ihr zum Leben gerade 198 DM.

Bernhard Krabiell: In Ostdeutschland sind 70% der Menschen existenziell von Transferleistungen (wie z.B. dem Wohngeld) abhängig.

Frage: Es wäre also dringend eine andere Politik notwendig. Die finanzielle Not der Kommunen ist eine Folge politischer Entscheidungen der Bundesregierung unter Kanzler Kohl.
Christina, Du hast einen Brief Leipziger Parteifreunden an den Parteivorstand in Bonn mitunterzeichnet, in dem Ihr fordert, daß die SPD Initiativen für eine Regierungsübernahme durch die SPD ergreifen müßte. (siehe Nr. 8 der "Briefe zur sozialen Einheit").

Christina: Ja, es wird immer schlimmer hier. Erst die Verteuerung, Steuererhöhungen, jetzt ab 1. Oktober die Mieterhöhungen - immer wenn ein Schlag gerade verdaut ist, kommt der nächste. Es war Taktik, die Mieten erst jetzt zu erhöhen. Wären die Wohnungen am 30. Juni teurer geworden, als es die große Kündigungswelle gab, wäre der Schock zu hoch gewesen.
Diese Bonner Regierung ist nicht tragbar, das beweist sich jeden Tag neu. Und es funktioniert auch nicht, diese Regierung zu einer anderen Politik zu zwingen. Die SPD darf diese Politik nicht mittragen, dann wird sie auch 1994 nicht gewählt. Denn dann wird man uns sagen, ihr habt doch auch keine andere Politik gemacht.

Marlies: Diese Regierung ist nicht mehr tragbar. Bürger in Ost- wie Westdeutschland können die Lasten nicht mehr bewältigen.

Diskussion

Gudrun: So wie die SPD z.Z. handelt, kann ich das nicht sozial nennen.

Inge: Die SPD muß wieder zu ihren alten Forderungen zurückkommen, wieder die Partei der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen werden. D.h. die Partei für diejenigen, von denen sie gegründet wurde.

Christina: Bei uns muß erst einmal die Diskussion darüber beginnen, was ist Sozialdemokratie? Wir sollten hart über Grundsätze streiten.

Inge: Der SPD-Vorstand informiert nicht genug über das ganze Ausmaß der Politik der sozialen Spaltung, die die Bundesregierung so außerordentlich rücksichtslos betreibt.
Wir sollten unbedingt einen Leserbrief an den Vorwärts schreiben, damit er mehr darüber berichtet.

Gudrun: Aber selbst Basisgenossen haben kein wirkliches Vertrauen in Neuwahlen. Wie stellt sich Engholm denn die soziale Einheit vor, wenn er gerade die Leistungskürzungen im öffentlichen Dienst rechtfertigt. Ich fürchte, daß zwar die CDU sehr viel an Stimmen verliert, aber das geht nicht zugunsten der SPD. Viele werden gar nicht wählen gehen - das ist die Realität. Da können die Meinungsumfragen nicht darüber hinwegtäuschen.

Marlies: Die Partei muß aufzeigen, wie die sozialen Probleme gelöst werden können. Alle müssen entsprechend den Forderungen der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen handeln, und da gibt es ja auch viele wichtige Beschlüsse in der Partei. Auch alle führenden Genossen und Genossinnen müssen in die Pflicht genommen werden.

Bernhard: Es fehlt ein sozialpolitisches Sofortprogramm. Früher hat Horst Peter vom Frankfurter Kreis einmal solche Vorstellungen für ein vereintes Deutschland entworfen. Doch das ist in der Versenkung verschwunden. Die Länder hier in Ostdeutschland werden praktisch der CDU ausgeliefert. Forderungen, die den Unternehmern auch einmal wehtun würden - die sich doch z.Z. hier goldene Nasen verdienen -. Maßnahmen, die die Politik der Umverteilung von unten nach oben stoppen könnten, werden zurückgestellt. Wichtig ist die Diskussion über diese Fragen in der SPD. Die Forderungen der Arbeitnehmer sind der Auftrag der SPD.

Frage: Möchtet Ihr von Euch aus noch etwas ergänzen?

Gudrun: Viele Menschen bei uns quält der Gedanke, daß sie nur Menschen 2. und 3. Klasse sind. Selbst meine 14jährige Tochter kam neulich nach Haus und sagte: "Wir sind ja bloß Ossis". Die älteren Menschen leiden noch mehr darunter. Bei einigen ist es innerlich aus. Eine Seniorin sagte neulich zu mir "Wozu bin ich überhaupt noch da. Jetzt müssen die anderen mich durchfüttern - mich Menschen 2. Klasse". Das ist furchtbar.

Marlies: Das muß bei uns bekannt werden!

Gudrun: Viele, die hier zu Besuch sind, sind erschüttert, wenn sie sehen, wie es hier aussieht.
Wir wollen keine Almosen. Wir haben ein Recht, anerkannt zu werden.

Das Gespräch führte Carla Boulboullé

Alle waren der Meinung, daß diese Gespräche zwischen SPD-Mitgliedern aus Ost- und West fortgesetzt werden müssen. Vor allem müßten sich die Genossinnen und Genossen aus der Basis, der AfA und von den Frauen, sehr viel häufiger treffen, um Erfahrungen auszutauschen und gemeinsame politische Forderungen zu erarbeiten, um so einen Beitrag im Kampf um die Verwirklichung der sozialen Einheit im vereinten Deutschland zu leisten.

Beschlüsse der Arbeitskonferenz „Sachsen wird leben"

In der letzten Nummer der „Briefe zur sozialen Einheit" haben wir über die Einladung zur Arbeitskonferenz „Sachsen wird leben" informiert. An der Konferenz haben am 21.9.1991 in Dresden Personal- und Betriebsräte, Gewerkschafter, Abgeordnete aus Landtagen und Stadtparlamenten, Mitglieder der SPD, vom Bündnis 90, Neuen Forum, Initiative Frieden und Menschenrechte, des Unabhängigen Frauenverbandes.

Nach intensiven Diskussionen im Plenum und in Arbeitsgruppen wurden u.a. folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Bildung eines „Koordinationsrates Forum der BürgerInnenInteressen" aus den anwesenden Städten Chemnitz, Dresden, Leipzig, Halle, Dessau. Andere Städte sollen hinzugewonnen werden. Der Koordinationsrat arbeitet auf der Grundlage der „Erklärung von BürgerInnen, GewerkschaftskollegInnen, Komunalvertretern und Landtagsabgeordneten". (siehe „Briefe zur sozialen Einheit„ Nr. 9, S.1ff)

2. Erklärung zur Einberufung einer gesamtdeutschen Arbeitnehmerversammlung am 23.11.1991 in Leipzig „Schluß mit der Zerstörungspolitik der Regierung Kohl - Für eine andere Politik und Regierung."

3. Aufruf an die Abgeordneten in Bund, Land und Kommune, Anträge für folgende Forderungen einzubringen:
** Keine Kündigung - Erhalt der Sozialeinrichtungen*

4. Aktivitäten zum Erhalt der Kindereinrichtungen um folgende Probleme: Elternbeiträge, Ersatz fester Stellen durch ABM, Schließung von Einrichtungen.

5. Diskussion zur Übernahme von Öffentlichen Einrichtungen von freien Trägern wie Kirche und AWO...

6. Brief der Arbeitskonferenz an das provisorische Komitee für die Koordination von unabhängigen Bewegungen gegen den Krieg in Jugoslawien.

7. Die Versammlung setzt sich ein für folgende Forderungen:
** Rechenschaft von allen, die in Entscheidungspositionen der SED-Diktatur saßen und heute wieder in solchen sitzen auf der Grundlage der Kenntnis aller Akten und Entscheidungsvorgängen der deutsch-deutschen Politik und Wirtschaft;*
** vorläufige Übergabe sämtlicher die Deutschlandpolitik betreffender Akten an eine von der Öffentlichkeit kontrollierbare unabhängige Kommission.*
Deshalb unterstützt die Versammlung eine sich bildende "Initiative für demokratische Öffentlichkeit
** der Stasi-Akten;*
** der politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen des SED-Regimes;*
** der Vereinbarungen zwischen west- und ostdeutschen Entscheidungs-trägern und ihren Organen."*

Wer Interesse hat, kann über die Redaktion weiteres Material anfordern.

Interview mit Sylli Grumm
(Initiative "Chemnitz wird leben")

Frage: Ihr hattet besondere Probleme mit der Frage der Eingruppierung in Chemnitz. Könntest Du kurz darstellen, worum es ging?

Sylli: Seit Juni gab es Verhandlungen zwischen den Chemnitzer Erzieherinnen aus Kinderkrippen und Kindergärten, der Gewerkschaft ÖTV und der hiesigen Stadtverwaltung (Jugendamt, Personalamt und dem zuständigen Dezernat).
Diese Erzieherinnen haben eine hochqualifizierte 3-jährige Fachschulausbildung. Viele von ihnen stehen schon seit Jahren im Beruf. Bis heute hatte die Stadtverwaltung diesen Erzieherinnen-Beruf noch nicht anerkannt. Sie werden gedemütigt und entmündigt. Man beschäftigte sie, um Kosten zu sparen, als Pflege- und Hilfspersonal.
Laut Aussage des Verwaltungsapparats fehlte schon seit 3 Monaten das "Schriftstück" für die "korrekte" Eingruppierung als Erzieherinnen.
Zitat Personalamtsleiter: "... wir finden das Schreiben nicht mehr und müssen uns erst um ein neues bemühen ..."

Frage: Wie schätzt Du jetzt den Tarifvertrag ein, der ja in dieser Frage einen wichtigen Erfolg gebracht hat?

Sylli: Der Tarifvertrag ist erst einmal als sehr positiv zu werten. Er ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur sozialen Einheit. Das große Engagement aller Betroffenen hat dazu geführt, daß jetzt auch endlich in Chemnitz die Eingruppierung nach Tarifvertrag erfolgt ist. Es bleibt allerdings jetzt offen - wieviele der Beschäftigten noch weiter von den Kommunen ihr Gehalt empfange können, wenn diese von Bund und Land keinerlei Unterstützung erhalten. Es gibt große Befürchtungen, daß die Chemnitzer Stadtverwaltung versuchen wird, erste Kündigungen im Erzieherinnenbereich auszusprechen.

Frage: Wie sieht die Situation in Chemnitz aus?

Sylli: Nach meinen Informationen gibt es bisher in Chemnitz in diesem Bereich noch keine Kündigungen.
Einrichtungen (2 sind bekannt, dabei geht es um Villen), die an den alten Besitzer zurück geführt wurden, haben bisher noch das Personal in andere Einrichtungen umsetzen können.
Das war nur durch den gemeinsamen Kampf vieler Beschäftigter und der Gewerkschaft ÖTV möglich. Ebenso konnten dadurch schon bekannte Kündigungen beim technischen Personal zurückgenommen werden.
Unter dem Vorwand, die Einrichtungen nicht mehr finanzieren zu können, beginnt die Stadtverwaltung systematisch die Kindereinrichtungen an freie Träger abzustoßen. Ein Kindergarten und eine Kinderkrippe wurden so an kirchliche Träger übergeben.
Eltern und Erzieherinnen dieses Kindergartens führen gegen den Beschluß der Stadtverwaltung den Kampf. Laut Aussage der Eltern gegenüber der Presse waren sie bisher mit der Betreuung ihrer Kinder in dieser Einrichtung unter diesem Personal sehr zufrieden. Sie möchten ihren Kindern keine christliche Erziehung zukommen lassen. Wer dies aber wünscht, habe ja, so die Meinung der Eltern, durchaus die Chance, seine Kinder in eine der bestehenden christlichen Einrichtungen zu geben. Sie möchten vor allem im Interesse der Kinder - an die bei solchen Beschlüssen, wohl keiner mehr denkt -, diese Einrichtung und das Personal wie bisher erhalten.
Desweiteren besteht die Gefahr bei der Übernahme durch freie Träger, daß das alte Personal entlassen wird, um dem Träger entsprechendes Personal einzusetzen.

Seit 1. Oktober verursacht die Stadtverwaltung mit Hilfe des Jugendamtes erneut Chaos in Bezug auf die Elternbeiträge.
Im Mai hatten Chemnitzer BürgerInnen gemeinsam mit Erzieherinnen eine Unterschriftensammlung für den Erhalt der Einrichtungen - für alle bezahlbar - erfolgreich durchgeführt.

In Chemnitz wurden so die niedrigsten sozialen Elternbeiträge in ganz Sachsen erkämpft.
Auf einer Veranstaltung im Juni sicherte der Chemnitzer Sozialdezernent allen Anwesenden (ca. 300) zu, daß es zu keiner Erhöhung der Elternbeiträge bis Ende 1991 kommen wird.
Jedoch wurde ab 1. Oktober - wieder über die Köpfe der Bevölkerung und der Stadtverordneten hinweg - der Elternbeitrag ohne soziale Staffelung drastisch erhöht.
Das kann die Bevölkerung mit einer gleichzeitigen Erhöhung der Mieten und den zu niedrigen Löhnen nicht hinnehmen.

Frage: Welche Entscheidungen erwartest Du z.B. von kommunalen Mandatsträgern? Sind Initiativen geplant, um für andere Haushaltsentscheidungen einzutreten?

Sylli: Die kommunalen Mandatsträger sollten sich unbedingt dem Willen und den Forderungen der Bevölkerung stellen und in den Parlamenten solide Entscheidungen für die Bevölkerung fällen. Sie müssen sich gegen jede Kündigung, für den Erhalt aller Einrichtungen - für alle bezahlbar - und einen Haushalt, der dies ermöglicht, gegenüber dem Land und Bund einsetzen.
Welche Schritte können wir dazu gemeinsam mit den Mandatsträgern für eine gerechte soziale Politik für die Chemnitzer Bevölkerung und nicht gegen sie tun? Darüber will die „Initiative Chemnitz wird leben", mit Heidi Burghardt (Ratsfrau), sowie Personalräten und Vertrauensleuten der Kindereinrichtungen am 29.10.91 im Versammlungsraum des Neuen Forum, Mühlenstr. 88-90, 19 Uhr, diskutieren.
Unser Vorschlag ist, durch eine Anfrage im Stadtparlament und eine öffentliche Kampagne durch die Bevölkerung die Forderung nach Respekt vor dem Tarifvertrag und gegen drohende Kündigungen durchzusetzen.

Düsseldorfer Stadtelternrat für Kindertagesstätten und Horte
c/o Uwe Koopmann

"Solidarität mit den ErzieherInnen, Eltern und Kindern in Chemnitz und Umgebung"

Der Düsseldorfer Stadtelternrat für Kindertagesstätten und Horte solidarisiert sich mit den Forderungen der ErzieherInnen in der Partnerstadt Chemnitz und Umgebung nach voller Anerkennung ihrer Beschäftigungszeiten, nach Anerkennung von Tätigkeits-, Bewährungs- und Aufstiegs- und anderen Zeiten vor dem 1. Juli 1991 als Voraussetzung für die Eingruppierung.

Der Düsseldorfer Stadtelternrat fordert die kommunalen Arbeitgeber auf, im Interesse der Beschäftigten, der Eltern und - nicht zuletzt - der Kinder, sofort alle arbeitsrechtlichen Maßnahmen umzusetzen, die zu einer Absicherung der Verträge führen.

Unsere Solidarität gilt den Eltern, die einen Anspruch auf die gesicherte Betreuung und Erziehung ihrer Kinder haben müssen: durch Erhaltung der Einrichtungen, ohne Verschlechterung der Betreuungsverhältnisse und ohne zusätzliche finanzielle Belastung durch neue Beitragsregelungen.

Diese Resolution wurde in der Sitzung des Düsseldorfer Stadtelternrates am Dienstag, 10.9.1991 einstimmig verabschiedet.

Wer hat Angst vor der Wahrheit?

Für die demokratische Öffentlichkeit
- der Stasi-Akten
- der wichtigen politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen des SED-Regimes und ihre Vereinbarungen mit westdeutschen Entscheidungsträgern und ihren Organen

(Kommentar zum Forum der BürgerInneninteressen mit Michael Arnold, MdL Sachsen, Bündnis 90, Thomas Rudolph, Vorstandsmitglied der Initiative Frieden und Menschenrechte Sachsen, Carla Boulboullé, MdL, NRW. Die Bundestagsabgeordnete Ingrid Köppe sandte ein Grußwort.)

Die Ergebnisse der Vernehmungen von Schalck-Golodkowski wiesen bis zu diesem Zeitpunkt vor allem auf eins hin: die SED, die für die politische Unterdrückung wie für den wirtschaftlichen Ruin verantwortlich war, hatte ihre Komplizen und Helfershelfer im Westen. Das stand an diesem Abend immer wieder im Zentrum der Diskussion.

Der nebenstehende Beitrag von Ingrid Köppe (MdB, Fraktion Bündnis90) zeigt, daß von den politisch Verantwortlichen der SED-Bürokratie und den Führungskräften aus Politik und Wirtschaft Westdeutschlands eine enge Zusammenarbeit hinter dem Rücken des deutschen Volkes betrieben wurde. Das erklärt auch, warum u.a. Bundeskanzler Kohl ursprünglich für eine Generalamnestie eintrat. Sie haben kein Interesse an der Veröffentlichung der Akten.

Das deutsche Volk aber hat ein demokratisches Recht auf Wahrheit, auf die lückenlose Aufklärung und Veröffentlichung aller Fakten. Das ist Voraussetzung für einen wirklichen demokratischen Neuanfang im vereinten Deutschland

Am Schluß ihrer Einführung schlug Carla Boulboullé vor, daß als Ergebnis der Diskussion möglichst festgehalten werden sollte, wie wir gemeinsam für diese Forderung handeln können.

In der Diskussion nahm Michael Arnold, der unter dem SED-Regime in der Oppositon aktiv und selbst in Stasi-Haft war, diese Fragen auf: Die DDR hätte ohne Westhilfe nicht 40 Jahre existieren können!

Es wurde genannt, daß noch im Mai 1989 Innenminister Schäuble gegenüber Schalck deutlich gemacht habe, daß die CDU/ CSU eine Entwicklung wie in Polen und Ungarn als Destabilisierung sehen würde. Daran aber gab es kein Interesse. Kanzler Kohl unterstrich in einer Rede vom 23.August 1989 gegenüber der DDR-Regierung: "Wir sind zu einer konstruktiven Zusammenarbeit bereit, denn es gehe um die „politische Stabilität der DDR".

Während die Gespräche zwischen Schalck und den führenden westdeutschen Politikern in einer „familiären Atmosphäre" (Schalck) stattfanden, wurden niemals von westdeutscher Seite „Kontaktwünsche zur Opposition geäußert" (Schalck).

So hat es einen politischen Inhalt, daß die Fraktion Bündnis 90, die einzig unbelastete Fraktion, im Schalck-Untersuchungsausschuß nicht stimmberechtigt ist und jeweils nur 5 Minuten Redezeit hat (im Vergleich: die großen Parteien haben 2 Stunden). Darauf wies Thomas Rudolph völlig zu recht hin, wobei er damit gleichzeitig die Frage verband, ob dieser Untersuchungsausschuß überhaupt das Gremium sein kann, das Aufklärung bringt. Wie kann man von einem Gremium genügend Unbefangenheit erwarten, in dem die Vertreter der Parteien sitzen, die mit der SED zusammengearbeitet haben?

Denn sie sind es, die die Wahrheit fürchten müssen.

Das Stasi-Unterlagen-Gesetz:

Im Frühjahr d.J. legte das Bündnis 90 einen Antrag zum Umgang mit den Stasi-Unterlagen vor, der in großen Teilen die Forderungen des Gesetzentwurfs der Bürgerkomitees aufnahm. (Den Bürgerkomitees kommt das Verdienst zu, daß nach dem Sturz des SED-Regimes die Aktenvernichtung durch Stasi-Mitarbeiter gestoppt werden konnte. Die Stasi-Kräfte stützten sich dabei auf die Regierung Modrow).

Kurz nach dem Antrag von Bündnis 90 brachte das Innenministerium einen eigenen Gesetzentwurf ein, der von den Parteien CDU/CSU, FDP und auch der SPD unterstützt wurde.

Dieser Gesetzentwurf sieht z.B. eine Verwendung der Akten durch die westdeutschen Nachrichtendienste vor. Die Stasi-Unterlagen sind in rechtswidriger Weise zustande gekommen; schon das muß eine Verwendung durch Nachrichtendienste ausschließen. Die Einschränkung dieses Zugriffs auf Unterlagen über Spionage und Terrorismus hat keine große Bedeutung, da viele politische Oppositionelle in der ehemaligen DDR gerade derartiger Straftaten beschuldigt wurden. Die Opfer der SED-Diktatur würden jetzt erneut zu Opfern, indem sie von den Nachrichtdiensten erfaßt werden.

Thomas Rudolph und Michael Arnold wiesen auch darauf hin, wie untragbar es ist, daß Innenminister Schäuble die ersatzlose Herausgabe von Akten verlangen kann, die dann nicht mehr zugänglich sind. Was das in der Praxis heißt, zeigt sich im Schalck-Untersuchungsausschuß. Weil im Einigungsvertrag so festgelegt -der auch von Innenminister Schäuble ausgehandelt wurde- konnten wesentliche Akten der Koko nicht vom Ausschuß eingesehen werden.

Sie werden von Schäuble unter Verschluß gehalten.

Noch ist das ganze Ausmaß der Zusammenarbeit keineswegs bekannt. Thomas Rudolph nannte z.B. die Waffengeschäfte. Die Akten sind heute beim Bundesarchiv und der Bundesnachrichtendienst hat sie zur Auswertung angefordert. Nach ihrer Rückgabe an die Berliner Justizsenatorin Frau Limbach sind sie verschwunden.

Die Verantwortung der SPD

Immer wieder wurde die Frage aufgeworfen, warum die SPD nicht interveniert und sogar gemeinsam mit der Bundesregierung das Stasi-Unterlagen-Gesetz einbringt.

"Es ist doch ein Unrecht, die Verantwortlichen, die weiter in Macht und Würde sitzen, durch Verschleierung zu schützen - auf Kosten derjenigen, die gedemütigt wurden und werden. Wo ist in diesem Rechtsstaat das Recht? Ihm muß Geltung verschafft werden durch Aufklärung und Öffentlichkeit. Hier erwarte ich eine unzweideutige Haltung von der SPD," erklärte eine Teilnehmerin.

Carla Boulboullé erinnerte daran, daß die SED-Gründung auf der Zerschlagung der freien und unabhängigen Organisationen der Arbeiterbewegung beruht. Viele Sozialdemokraten haben mit Verfolgung, Verhaftung und auch mit ihrem Leben für den Kampf gegen die SED-Diktatur bezahlt. So müßte es gerade der SPD zukommen, sich für die rückhaltlose Offenlegung der Wahrheit über das SED-Regime einzusetzen. Sie wies aber auch daraufhin, daß es in der SPD immer wieder Auseinandersetzungen über die Beziehungen zur SED gegeben habe. So habe es heftige Kritik am

SPD-SED-Papier gegeben. Die SPD-Führung habe mit diesem Papier die SED als legitime Arbeiterpartei anerkannt. Vor allem in der damaligen DDR-Opposition gab es Stimmen, die warnten, daß die SED nun mit dem Prestige der SPD gestärkt gegen die freiheitlichen und demokratischen Bestrebungen vorgehen würde - was dann auch passierte.
Thomas Rudolph ergänzte in diesem Zusammenhang, daß sich z.B. die IFM wiederholt um Kontakte zu Mitgliedern der SPD bemüht hätte. Bis zum Mai 89 habe es gedauert, bis überhaupt einmal jemand gekommen sei.
Über diese Fragen sollte offen und breit in der SPD diskutiert werden. Anwesende Sozialdemokraten wollten noch, soweit das möglich ist, dafür eintreten, daß die Bundestagsfraktion dem Stasi-Unterlagen-Gesetz nicht zustimmt. Denn hier gehe es um das Selbstverständnis der SPD als Partei der deutschen Arbeiterbewegung und um die Demokratie.

Forschungszentrum zu den Verbrechen des Stalinismus

Wer nach Verabschiedung des Gesetzes noch Material aus Stasi-Unterlagen veröffentlicht und Täter beim Namen nennt, wird strafrechtlich verfolgt. Alle Akten, die dann noch "rechtswidrig" z.B. in den Händen der Bürgerkomitees sind, müssen der Gauck-Behörde übergeben werden. Mißbrauch aber wird nicht dadurch verhindert, daß die Öffentlichkeit ausgeschaltet wird, sondern nur dadurch, daß durch Offenlegung aller Akten die ganze Wahrheit ans Licht kommen kann.

Michael Arnold machte einen ganz konkreten Vorschlag. Um Widerstand gegen diesen erneuten Willkürakt zu leisten, wird am 21.10. in Dresden ein "Forschungszentrum zu den Verbrechen des Stalinismus in der DDR" eröffnet. Dieses Forschungszentrum soll jedem Interessierten die Möglichkeit geben, einen Eindruck von den Akten der Stasi zu bekommen. Einige während des Umsturzes in Ostdeutschland legal an die Öffentlichkeit gekommene Kopien von Akten werden hier zu Forschungszwecken zugänglich gemacht.
Kopien dieser Unterlagen könnten dann vielleicht auch in Düsseldorf ausgestellt werden, um zu dokumentieren, daß wir gemeinsam eine Unterdrückung der Wahrheit nicht zulassen werden.
Wie das in Düsseldorf Realität werden kann, ob z.B. Räume der Bezirksvertretung dafür zur Verfügung stehen könnten - so ein Vorschlag - soll geprüft werden. Das war die einhellige Meinung der Teilnehmer.

Grußwort von Ingrid Köppe

Liebe Freundinnen und Freunde,
Leider kann ich heute nicht zu Euch kommen. Schalck hält mich hier in Bonn fest. Die Vernehmung von Schalck-Golodkowski hat bis 14 Uhr gedauert und seitdem sitze ich an der Vorbereitung der nächsten Schritte, vorallem der Vernehmung des Ex-Präsidenten Hans-Georg Wieck, der morgen früh vor dem Ausschuß erscheinen wird. Jede Vorbereitung einer solchen Sitzung benötigt angesichts der Aktenberge, die wir haben, eine lange und konzentrierte Vorbereitung und diese Zeit muß ich mir leider heute abend nehmen.

Ich möchte Euch aber kurz auf diesem Wege berichten, was die letzten beiden Tage der Vernehmung von Dr. Alexander Schalck-Golodkowski erbracht haben und worum es morgen früh gehen wird.

Als ich gestern um viertel nach sieben endlich mit meinen Fragen an Herrn Schalck an die Reihe kam, ging es zunächst um ein Treffen im Jahre 1985 von Herrn Schalck mit dem heutigen PREUSSAG-Chef und damaligen Salzgitter-Chef Ernst Pieper, das Schalck erwähnt hatte. Pieper war derjenige, der 1983 das illegale U-Boot-Geschäft mit Südafrika zusammen mit Finanzminister Stoltenberg eingefädelt hatte. Schalck hat sich mit Pieper über den Kauf des südafrikanischen Passagierschiffes ASTOR unterhalten, jedoch angeblich nicht über das U-Boot-Geschäft. Dem Verfassungsschutz liegen Hinweise vor, daß Schalck auch bei diesem Geschäft die Finger im Spiel hatte. Als ich dann meine zweite Frage stellte, mit welchen bundesdeutschen Politikern Schalck nach seiner Flucht in den Westen Kontakt hatte, war Schalck ratlos. Er beriet sich fünf Minuten mit seinem Anwalt und erklärte dann, er müsse jetzt leider die Vernehmung abbrechen, da er sich nicht mehr konzentrieren könne und nichts Falsches sagen wolle. Heute morgen teilte er dann Kontakte zu vier Politikern mit:

- drei Briefe an Bundesinnenminister Schäuble, der seine "wichtigste Vertrauensperson" in der Bundesrepublik sei
- ein Treffen mit dem damaligen Staatssekretär Gauweiler
- ein Treffen mit dem damaligen CDU-Volkskammerabgeordneten Geisthard
- ein Treffen mit dem früheren DDR-Innenminster Diestel

Über den Inhalt der Schreiben an Schäuble verweigerte Schalck die Aussage. Mit Herrn Diestel habe er über seine mögliche Rolle bei der "Befriedung" der fünf neuen Bundesländer und Integrationsmaßnahmen für ehemalige Stasi-Leute gesprochen. Über den BND habe ihm das Bundeskanzleramt dreimal mitteilen lassen, ein Treffen mit Geisthardt sei für seine, Schalcks, "politische Zukunft von großer Bedeutung". Es ging bei dem Gespräch um eine mögliche Stasi-Tätigkeit de Maizières.

Die Vernehmung ergab, daß sich Schalck seit 1969 fast 100 Mal mit westdeutschen Spitzenpolitikern getroffen hat. Auf meine Frage, ob auch nur einer der Gesprächspartner sich einmal über die DDR-Opposition erkundigt habe, Kontaktwünsche zu Oppositionellen geäußert hätte, erklärte Schalck, dies sei niemals ein Thema gewesen. Die Äußerungen Schalcks, die ganzen deutsch-deutschen Kontakte hätten sich nur um die Verbesserung der Situation der Menschen in der DDR gedreht und er sei insgeheim schon lange in Opposition zum Regime gestanden, habe sich nur nicht getraut, dies zu zeigen, wurden so ad absurdum geführt. Auch die westdeutschen Politiker hatten in den langen Jahren offensichtlich nie Interesse an denen, die sich gegen die Honecker-Diktatur gewehrt haben.

Überhaupt erschreckend, wie wenig Unrechts- und Problembewußtsein Schalck auch im Nachhinein entwickelt hat. Seine Tätigkeit als Staatssekretär sei auch im Nachhinein "wichtig, richtig und normal" gewesen. Seine Funktion und sein doppeltes Gehalt als OibE (Offizier in besonderen Einsatz) der Stasi sei mehr zufällig gewesen, er sei als OibE eigentlich nie tätig gewesen. Daß er in der Gehaltsliste der Stasi trotzdem ganz oben stand, kommentierte er mit den Worten, das sei ja wohl auch nur recht und billig gewesen, schließlich habe er ja in den ganzen Jahren für die DDR ca. 50 Milliarden DM erwirtschaftet. Es ist offensichtlich: Schalck deckt noch heute westdeutsche Politiker und er wird wohl auch von ihnen gedeckt. Er teilte mit, daß der damalige BND-Präsident Wieck ihm mitgeteilt habe: "Der BND lässt niemanden fallen, mit dem er einmal zu tun hatte. Sie und Ihre Frau können sich jederzeit mit Bitten und Wünschen an uns wenden". Obwohl diese Zusage später nicht ganz eingehalten wurde, so Schalck, ist er nicht bereit, über seine Kontakte zu Minister Schäuble und dem Kanzleramt auszusagen. Er erinnert sich weder an seine Forderung nach einer Straffreiheitszusage gegenüber der Bundesregierung noch an das Versprechen von Minister Schäuble vom 2.12.89, daß er am 14. März 1990 gegenüber dem BND und dem Generalbundesanwalt einklagte.

Vielleicht hilft die morgige Vernehmung von Herrn Wieck da weiter. Wieck hat bisher undementiert vor ein paar Wochen erklärt: "Das Kanzleramt versucht im Moment alles, um den Kanzler selbst aus den BND-Machenschaften herauszuhalten". Wieck behauptet, die ganzen BND-Maßnahmen, u.a.die Ausstellung falscher Pässe für das Ehepaar Schalck, auf hoher Ebene mit dem Kanzleramt abgesprochen zu haben. Mal sehen, ob Wieck morgen noch genauer wird.

Ich wünsche Euch eine erfolgreiche Veranstaltung

Eure Ingrid Köppe

Sinn und Zweck der Nomenklatura

Als Nomenklatura bezeichnet(e) man in den Staaten, die durch eine kommunistische Diktatur beherrscht wurden, die Gesamtheit der Leitungsebene in Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft ("Hierarchie der Täter"), festgelegt in der Kaderregistratur.

Bestimmend für die Entwicklung eines Nomenklaturkaders war bei dem pyramidalen Aufbau der Machtstruktur in einer Diktatur - also auch in der DDR - das Politbüro (der SED) und verantwortlich der "Sekretär für Sicherheit" (Ulbricht - Honecker - Krenz - Herger). Dort war die Machtzentrale für den Staatssicherheitsdienst ebenso wie für die Nomenklatura.

In dieses System waren alle Führungskader - Genossen wie Nichtgenossen - eingebunden.

Der Aufbau einzelner Nomenklaturkader erfolgte über langfristige Vorbereitungswege und - zeiten und konnte schon im Jugendalter über die FDJ beginnen.

Nomenklaturkader waren in der Regel keine IM (mehr) und brauchten für ihre Zusammenarbeit mit dem MfS auch keine Unterschrift zu leisten. Mündliche Absprachen waren die Regel. Unterrichtungen und Weitergaben von Fakten waren an die Funktion des Nomenklaturkaders gebunden.

Da die Nomenklaturkader größtenteils SED-Mitglieder waren, ist es zu erklären, daß unter den bisher enttarnten IM verhältnismäßig viel Mitglieder früherer Blockparteien und Parteilose zu finden sind.

Die enge politische Zusammenarbeit zwischen MfS und MdI ermöglichte die Vergleichbarkeit Nomenklaturkader mit den Mitarbeitern der Staatssicherheit. Diese enge Verflechtung heißt auf der anderen Seite aber nicht, daß nicht auch Nomenklaturkader von IM überwacht worden wären (nach der Regel der Konspiration: "Wer ist wer?").

Charakteristisch für Nomenklaturkader war (je nach dem Wert des Kaders) der Besuch von ebenfalls hierarchisch aufgebauten Parteischulen (von Moskau bis Ballenstedt, vom Direkt- bis zum Fernstudium). Nomenklaturkader stürzten in der Regel auch bei eigenem Versagen, Unfähigkeit oder moralischem oder wirtschaftlichem Vergehen nicht tief. Sie wurden versetzt, um vielleicht dann in der neuen Funktion erneut Karriere zu machen.

Sie unterlagen - wie alle Genossen - einer strengen Parteidisziplin. Nur sehr wenige stellten - trotz besseren Wissens - die eigene Verantwortung gegenüber Gesellschaft und Staat über die ständig wachsenden Privilegien, die ihnen Partei und Regierung für ihre Willfährigkeit zugestanden.

Zur Nomenklatura gehörten ebenfalls genehme Mitglieder von Blockparteien und Parteilose, die jedoch nach dem sogenannten "Gesetz von der wachsenden führenden Rolle der Partei" (SED) immer mehr aus leitenden Stellungen (Nomenklatur-Funktionen) verdrängt worden sind, da sie nicht der strengen Parteidisziplin unterworfen werden konnten. Auf Grund ihrer Funktion waren sie jedoch ebenfalls durch Anweisungen der Regierung in das Staats- und Machtgefüge eingebunden.

Das Abfassen von Berichten und Besuche von Mitarbeitern des MfS bei den Leitungen aller Einrichtungen waren ein sichtbares Zeichen dafür.

Leistungsstrukturen der Nomenklatura

In der DDR waren alle leitenden Funktionen in Regierung, Parteien, gesellschaftlichen Organisationen, Betrieben, Kultur- und Bildungseinrichtungen von der höchsten bis zu untersten Ebene von der Nomenklatur-Struktur A besetzt. Im Katastrophen- oder politischen Ernstfall konnte und sollte diese Struktur A durch die Struktur B abgelöst werden ("Akte Honecker", Befehl 1/67, "geheime Kommandosache").

Ausgearbeitet wurden die dafür notwendigen "geheimen Kommando-Pläne" vom "Nationalen Verteidigungsrat" (verantwortlich: E. Honecker, Politbüro der SED).

Die Weisungen gingen von dort in die entsprechenden Befehlszentralen der Bezirke - Kreise - Betriebe - Kultur- und Bildungseinrichtungen. In Tresoren der Einrichtungen lagen dazu auf ein Stichwort hin zu öffnende Briefe, die die neuen Aufgaben der Nomenklaturkader und der Mitarbeiter des MfS festlegten (= erster Teil des geheimen Kommando-Planes). Dazu gehörte u.a. auch das Vernichten oder Beiseiteschaffen wichtiger und erkenntnisreicher Akten. Der zweite Teil des "geheimen Kommando-Planes", der ebenfalls durch ein Stichwort in die Tat umgesetzt werden sollte, sah u.a. vor:

- die Liquidation besonders gefürchteter Personen
- die Internierung von Dissidenten.

Während die mit der MfS- und MdI-Aufklärung beschäftigten Spezialisten der Überzeugung sind, daß der erste Teil des "geheimen Kommando-Planes" im Herbst 1989 abgelaufen ist - Nomenklaturkader oder Mitarbeiter der Staatssicherheit stellten sich an die Spitze der Revolution und stürmten u.a. auch Stasi-Gebäude mit (z.B. die Stasi-Zentrale in der Normannenstraße, Berlin), um Akten zu beseitigen und entsprechende Funktionen und Ämter einnehmen zu können -, wurde der zweite Teil (Liqu. u. Intern.) nicht verwirklicht: die Weitergabe des dafür vorgesehenen Stichwortes blieb aus!

W e m unser Land die damit ausgebliebene Katastrophe und den möglich gewordenen friedlichen Ablauf der Herbstrevolution verdankt, ist noch unbekannt!

Dr. Sieglinde Winter (Mitglied. ÖTV-Kreisvorstand Halle)

"Und wenn die Bürger 29 Stasi-Leute gewählt hätten, dann ist das der Bürgerwille und dem muß man sich fügen."

Bürgermeister Lutz-Egmont Werner (CDU) aus Borna, auf die Frage des Neuen Forum „Wann werden die personellen Altlasten aufgeräumt?"